



CDU RATSFRAKTION DER
STADT OSNABRÜCK

Alexander Illenseer

Fraktionsgeschäftsführung

Telefon (0541) 323-4300

Telefax (0541) 27217

Mobil: (01525) 3232004

illenseer.a@osnabrueck.de

www.cdu-osnabrueck.de

Pressemitteilung Nummer 28/2010

3. September 2010

CDU-Fraktion: „Soziale Sprengbombe vermeiden“

„Die Diskussion über Integration und Kinderarmut leidet darunter, dass vorrangig über Hilfen des Staates und der Stadt diskutiert wird, aber nicht über Eigenverantwortung, die Vorrang hat.“ Das erklärte der Vorsitzende der Osnabrücker CDU-Stadtratsfraktion Dr. E. h. Fritz Brickwedde.

Das wichtigste Problem sei die Behebung der Sprachdefizite. Wer die deutsche Sprache nicht beherrsche, wenn er in die Schule kommt, werde häufig schulisches scheitern. Wer aber mit schlechten Zeugnissen oder ohne Abschluss die Schule verlasse, werde keinen Ausbildungsplatz bekommen. Häufig sei dann Arbeitslosigkeit die Folge.

Brickwedde: „Es ist deshalb im Interesse der Kinder wichtig, dass jeder Ausländer, der auf Dauer in Deutschland bleiben will, Deutsch lernt.“ Es sollte selbstverständlich sein, mit seinen Kindern auch Deutsch zu sprechen und die Kinder in Krippen und Kindergärten fördern zu lassen. Jeder Ausländer sollte nach fünf Jahren Aufenthalt in Deutschland einen Sprachtest machen. Bei Nichtbestehen sollte er nach sechs Monaten eine zweite Chance bekommen. Wer den Test dann nicht schaffe, müsste in sein Heimatland zurückkehren.

„Im Interesse der Kinder, aber auch des deutschen Steuerzahlers stellt ein solcher Weg die einzige Möglichkeit dar, eine soziale Sprengbombe für die Zukunft zu vermeiden“, betonte Brickwedde.

Es gehe aber auch um die Eigenverantwortung der deutschen Eltern. Wer morgens nicht aufstehe und Kinder ohne Frühstück und Pausenbrot in die Schule gehen lasse, dem solle Kindergeld oder Hartz IV-Anteile entzogen werden. Es sei dann besser, das Geld den Schulen zu geben, damit diese den Kindern gesunde Nahrung zukommen lassen könnten. Staatliche Transfers in die Familien müsse von Gegenleistungen abhängen. Für die große Mehrheit der Familien sei das selbstverständlich. Die fleißigen, ehrlichen und engagierten Mütter und Väter müssten im Interesse der Kinder unterstützt werden. Brickwedde: „Wer staatliches Geld aber nicht für seine Kinder, sondern für Computer, Fernseher, Spielkonsolen, Tabak oder Alkohol ausgibt, muss daran gehindert werden“. Der Sozialstaat, wie er zurzeit existiere, sei nicht zukunftsfähig. „Wer hilflos ist, dem muss geholfen werden. Mit dem Missbrauch von Steuergeldern aber muss Schluss sein“, erklärte der CDU-Fraktionsvorsitzende.